

Wirtschaftsbetriebe Duisburg - AöR für
Duisburger Werkstatt für Menschen mit
Behinderung gGmbH
Kalkweg 10 e
47055 Duisburg

Datum 19.09.2025
Ihre Nachricht vom
Auskunft erteilt Herr Schlebes
Telefon (0203) 283 7802
Telefax (0203) 283 4172
Zimmer 41
Dienstgebäude Friedrich-Albert-Lange-Platz 7
- Stadthaus -
Sprechzeiten nach Vereinbarung
Bahn Linie 79, 901, 903
König-Heinrich-Platz
eMail bauaufsicht@stadt-duisburg.de

• Baugenehmigung

Aktenzeichen:
63-25-BV-2025-0186
Gemarkung:
Duisburg
Maßnahme:

Grundstück:
Liebigstraße 70 47053 Duisburg
Flur: 304
Flurstück(e): 167

Genehmigungsverf. keine gr. Sonderb (BV): Erweiterung eines gastronomischen Betriebes, hier:
Erweiterung des Restaurants Ziegenpeter

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach den beiliegenden Bauvorlagen und den darin eingetragenen Prüfungsvermerken, sowie unter den nachstehenden Bedingungen, Auflagen oder Hinweisen, wird unbeschadet privater Rechte Dritter gemäß der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) in der zur Zeit gültigen Fassung und den hierzu ergangenen Vorschriften die Baugenehmigung für das obengenannte Bauvorhaben erteilt.

Das Vorhaben wurde im vereinfachten/einfachen Genehmigungsverfahren geprüft. Prüfumfang und Gegenstand der Genehmigung sind daher nur die in § 64 Abs. 1 BauO NRW aufgeführten Vorschriften.

Hinweise

Bei der Ausführung sind folgende Hinweise zu beachten:

Altlasten/Bodenschutz/Baugrundstückeignung

Bei den Tiefbauarbeiten ist gezielt auf schädliche Bodenveränderungen zu achten. Sollten sich Hinweise auf Verunreinigungen ergeben, so ist die Untere Bodenschutzbehörde, entsprechend der gesetzlichen Verpflichtung gemäß § 2 Landesbodenschutzgesetz vom 09.05.2000 unverzüglich zu informieren.

Erschließung (Entwässerung)

Schmutzwasser muss an den öffentlichen Kanal angeschlossen werden. Niederschlagswasser ist auf dem Grundstück zu versickern, zu verrieseln oder ortsnahe in ein Gewässer (Rhein) einzuleiten.

Das fetthaltige Abwasser aus dem Küchenbetrieb ist wie bisher über den vorhandenen Fettabscheider vorzubehandeln. Es ist anhand einer Dimensionierungsüberprüfung gemäß DIN EN 1825-2 in Verbindung mit der DIN 4040-100 zu überprüfen, ob der vorhandene Fettabscheider das zusätzliche Abwasser aufnehmen kann. Hiervon unabhängig ist die möglicherweise erforderliche Verkürzung des Entleerungsintervalls zu prüfen. Die Dimensionierungsüberprüfung ist mit der Wirtschaftsbetriebe Duisburg - AöR abzustimmen. Ansprechpartner hierfür ist Herr Buschmann (0203/283-9374).

Vor Beginn der Einleitung muss eine Kanalfernsehinspektion und eine physikalische Prüfung durchgeführt werden. Dabei ist auch der Anschlusskanal zu prüfen. Die Prüfung muss durch einen anerkannten Sachkundigen durchgeführt werden.
(Sachkundigenliste: <http://www.sadipa.it.nrw.de/Sadipa/>)

Befindet sich die Grundstücksanschlussleitung im Bestand, ist vorher zu prüfen, ob der Bestandanschluss geeignet ist (Standicherheit, Betriebssicherheit und Dichtheit) oder eine Sanierung oder Erneuerung notwendig ist. Ansprechpartner hierfür ist die ZuF-Pruefung@wb-duisburg.de

Deichrecht (Hochwasserschutz)

Allgemein

1.1 - Diese Genehmigung erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren mit der Umsetzung der Maßnahme begonnen wurde.

1.2 - Die Genehmigung wird auf Widerruf erteilt. Sie kann jederzeit im öffentlichen Interesse widerrufen werden.

1.3 - Die Genehmigung mit allen Planunterlagen ist auf Dauer aufzubewahren.

1.4 - Beginn und Beendigung der Arbeiten sind dem Dezernat 54B.4 (Hochwasserschutz) der Bezirksregierung Düsseldorf vorher schriftlich anzuzeigen. Anordnungen im Rahmen der Bauüberwachung und der Bauabnahme sind Folge zu leisten.

1.5 - Ein Wechsel im Eigentum oder der Unterhaltungspflicht der Anlage ist dem Dezernat 54B.4 (Hochwasserschutz) der Bezirksregierung Düsseldorf unverzüglich mitzuteilen.

1.6 - Die Bezirksregierung Düsseldorf ist berechtigt, soweit erforderlich, Sachverständige auf Kosten der Antragstellerin zu beauftragen sowie erforderliche Nachweise und Gutachten zu fordern.

1.7 - Kosten, die der überwachenden Behörde dadurch entstehen, dass der Antragsteller unbefugt handelt oder gegen Nebenbestimmungen dieser Genehmigung verstößt, werden dem Antragsteller auferlegt.

1.8 - Das geplante Vorhaben ist entsprechend den geprüften und genehmigten Antragsunterlagen unter Beachtung der DIN- und Bauvorschriften sowie den anerkannten Regeln der Technik herzustellen. Wesentliche Änderungen in der Ausführung oder Erweiterungen bedürfen einer neuen Genehmigung.

1.9 - Nach Abschluss aller Maßnahmen und Beendigung der Arbeiten wird aus hochwassertechnischen Gründen eine Bauzustandsbesichtigung durchgeführt. Die Bauzustandsbesichtigung ist bei dem Dezernat 54B.4 (Hochwasserschutz) der Bezirksregierung Düsseldorf zu beantragen.

1.10 - Alle im Zusammenhang mit den Arbeiten entstandenen Schäden im festgesetzten Überschwemmungsgebiet des Rheins sind auf Kosten des Antragstellers zu beseitigen. Auf die Bußgeldbestimmungen des § 123 LWG wird besonders hingewiesen.

Ausführung/Betrieb

2.8 - Insb. während der hochwassergefährdeten Zeit vom 01.11.–31.03. ist der Wasserstand am Pegel Ruhrort regelmäßig zu kontrollieren. Ein Einstau der Fläche erfolgt ab einem Pegelstand von >11,0 m.

Der Hochwassereinsatzplan für das Restaurant Ziegenpeter ist spätestens nach Fertigstellung der Erweiterung anzupassen und mit mir Herrn Förster abzustimmen.

Niklas Förster
Bezirksregierung Düsseldorf
Dezernat 54B (Wasserwirtschaft - einschl. anlagenbezogener Umweltschutz)
Postfach 300865, 40408 Düsseldorf
Niklas.Foerster@brd.nrw.de
Tel.: 0211 475 - 2437

Barrierefreiheit

die nachfolgenden Auflagen sind im Sinne des § 49 der BauO NRW 2018 entsprechend bei der Bauausführung umzusetzen.

1. Zugangs- und Eingangsbereiche:

Müssen durch eine kontrastreiche Gestaltung und ausreichende Beleuchtung leicht auffindbar und barrierefrei erreichbar sein (DIN 18040-1 Pkt. 4.2.3). Haupteingänge müssen stufen- und schwellenlos erreichbar sein und eine ebene Bewegungsfläche von mind. 150x150cm aufweisen. Ein Aufmerksamkeitsfeld 90 cm / 120 cm mit Noppenpflasterung gemäß der DIN 32984 in Anlehnung an die „Anweisung für den Straßenbau in Duisburg“ ASD, ist unmittelbar vor dem Haupteingang anzulegen. Auch eine taktil erfassbare unterschiedliche Bodenstruktur erleichtert die taktile Auffindbarkeit für blinde / sehingeschränkte Menschen.

2. Klarglastüren / -flächen:

Müssen deutlich erkennbar sein und kontrastierende Sichtmarkierungen (mind. 8 cm Höhe, auf voller Breite) auf 40 - 70 cm und 120 - 160 cm über OFF erhalten. Diese Markierung sollte jeweils helle und dunkle Anteile (Wechselkontrast) enthalten (DIN 18040-1 Pkt. 4.3.3.5). Als optimal haben sich satinierte Folien als Sichtmarkierungen erwiesen. In diesen Streifen können beispielsweise Firmen-Logos eingearbeitet werden. Alternativ können auch andere dauerhaft angebrachte Elemente wie Dekorationen, Werbung, Bilder, Speisepläne etc. eine Erkennbarkeit der Glasflächen erreichen.

3. Bodenbeläge:

Müssen rutschhemmend und fest verleg sein, sowie sich kontrastreich von Bauteilen (Wände, Türen, Stützen) abheben. Spiegelungen und Blendungen sind zu vermeiden (DIN 18040-1 Pkt. 4.3.4).

4. Barrierefreie Toilette:

Sollte möglichst einfach zu erreichen sein (Techn. Baubest. A 4.2/2 Pkt. 3) und nach den Vorgaben der DIN 18040-1 Pkt. 5.3 ausgestattet und errichtet werden.

- der Türdrücker (Achsmaß) muss auf 85 cm über OFF angeordnet sein, die Tür muss von außen entriegelt werden können
- horizontale Zuziehstange auf der Türinnenseite, mit gekröpften Enden, Höhe 85cm, Länge 60cm und im Rundprofil Ø 3–4,5cm
- Sanitärraum ist deutlich zu beschildern (kontrastreich und taktil)
- die Höhe des WC-Beckens muss zwischen 46 – 48 cm liegen (optimalerweise höhenverstellbar) und beidseitig anfahrbar sein (Bewegungsfläche 90 cm breit und 70 cm tief)
- neben dem WC-Becken sind beidseitig Stützklappgriffe zu montieren, die 15 cm an der Vorderkante des Beckens hinausragen
- Klappgriffe müssen einen lichten Abstand von 65 – 70 cm zueinander haben und am Ende eine Punktlast von mind. 1 kN standhalten
- die Spülung muss aus der sitzenden Position betätigt werden können, ohne dass die Sitzposition verändert werden muss (Bsp. Fernauslöser im Stützklappgriff); das gleiche gilt für den Toilettenpapierhalter
- Waschtische müssen mind. 55 cm unterfahrbar sein und die Höhe der Vorderkante darf 80 cm nicht überschreiten
- Einhebel- oder berührungslose Armaturen mit Temperaturbegrenzung (max. 45 °C) ausbilden
- mind. 100 cm hoher Spiegel ist direkt über dem Waschtisch anzuordnen
- Seifen- und Papiertuchspender sowie Abfallbehälter bzw. Handtrockner im Bereich des Waschtisches anordnen
- alle Ausstattungselemente müssen sich kontrastreich von ihrer Umgebung abheben
- Ein Notruf muss visuell kontrastreich gestaltet sein und sitzend vom WC-Becken sowie liegend vom Boden aus ausgelöst werden können
- Alarm- und Warnsignale sollten eindeutig erkennbar und unterscheidbar sein, für hörgeschädigte muss eine Blitzleuchte zur Evakuierung installiert werden

Hinweis - Möblierung:

Mind. ein unterfahrbarer Tisch (80 cm Höhe) sollte für Rollstuhlfahrer vorgehalten werden. Mind. zwei Stühle sollten mit einer Sitzhöhe von 48 cm und Armlehnen als Aufstehhilfe, vorgesehen werden.

Abfallrecht

1. Die bei der Baumaßnahme anfallenden Abfälle/der anfallende Bodenaushub sind gemäß §§ 7, 15 KrWG ordnungsgemäß und schadlos, in zeitlichem Zusammenhang mit der Baumaßnahme, zu entsorgen. Die anfallenden Abfälle sind möglichst hochwertig zu verwerten, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist (§ 2a S.1 LKrWG NRW).

2. Art und Menge sowie der Verbleib (Abfallschlüsselnummer, Angaben zur jeweiligen Entsorgungsanlage, Name des Betreibers, Standort der Anlage, Annahmebeschränkungen, ggf. Entsorgungsnachweis, soweit nach der Nachweisverordnung erforderlich) der bei den Bauarbeiten anfallenden Abfälle sowie ggf. des Bodenaushubs ist zu dokumentieren. Die Angaben sind auf Verlangen der Bezirksregierung Düsseldorf vorzulegen (§§ 7, 47 KrWG).

3. Die Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Duisburg ist zu beachten. Abfälle, für die nach dem örtlichen Satzungsrecht Überlassungspflichten i.S. des § 17 Kreislaufwirtschaftsgesetzes gelten, sind auf Verlangen des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers getrennt zu halten, und zu bestimmten Behandlungsanlagen zu bringen, wenn dadurch bestimmte Abfallarten verwertet oder für sie vorgesehene Entsorgungswege genutzt werden können (§ 5 Abs. 4 LKrWG).

4. Der Abfallerzeuger hat für Baumaßnahmen mit einem zu erwartenden Anfall von Bau- und Abbruchabfällen einschließlich Bodenmaterial von insgesamt mehr als 500 m³ ein Entsorgungskonzept zu erstellen. Das Entsorgungskonzept ist der örtlich zuständigen Abfallwirtschaftsbehörde auf Verlangen vorzulegen (§ 2a S.3 LKrWG NRW).

Zur gesetzeskonformen Erstellung eines Entsorgungskonzeptes hat das Landesamt für Natur, Umwelt und Klima Nordrhein-Westfalen (LANUK) eine Arbeitshilfe erstellt. Sie soll sowohl Abfallerzeugern wie auch den zuständigen Überwachungsbehörden als Hilfestellung dienen.

Das Entsorgungskonzept kann als ausfüllbares pdf-Dokument auch auf der Internetseite des LANUK heruntergeladen werden: <https://www.lanuk.nrw.de/themen/kreislaufwirtschaft/abfallartenundstroeme/bau-und-abbruchabfaelle/entsorgungskonzept-gem-2a3-lkrwg>

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist bei dem Verwaltungsgericht Düsseldorf, Düsseldorf, zu erheben.

Falls die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Schlebes



Merkblatt

Sehr geehrte Bauherrin, sehr geehrter Bauherr,

die Untere Bauaufsicht der Stadt Duisburg hat nachstehend einige Hinweise auf wichtige Rechtsvorschriften zusammengestellt, um Ihnen einen besseren Überblick zu geben. Es wird jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diese Aufstellung kein vollständiger Abriss des öffentlichen Baurechtes sein kann.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Unteren Bauaufsicht

Hinweise:

Die Baugenehmigung verliert ihre **Gültigkeit**, wenn innerhalb von drei Jahren nach Erteilung der Baugenehmigung mit der Ausführung nicht begonnen oder die Bauausführung ein Jahr unterbrochen worden ist. Die Frist kann auf schriftlichen Antrag jeweils bis zu einem Jahr verlängert werden (§ 75 BauO NRW).

Der **Beginn der Baumaßnahme**, die **Fertigstellung des Rohbaues** und die **abschließende Fertigstellung** des Bauvorhabens sind der Unteren Bauaufsichtsbehörde mindestens eine Woche vorher anzuzeigen. Sie können hierfür die beigelegten Vordrucke verwenden (§§ 74 Abs. 9 und 84 Abs. 2 BauO NRW).

Bei der Planung und Ausführung des Bauvorhabens sind die Anforderungen der Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen zu beachten (arbeitsschutzrechtliche Vorschriften). Zuständige Stelle zur Überwachung der Aufgabe ist die Bezirksregierung Düsseldorf. Dort erhalten Sie auch weitere Informationen.

Bauliche **Anlagen dürfen erst benutzt werden**, wenn sie ordnungsgemäß fertiggestellt und sicher benutzbar sind, frühestens jedoch eine Woche nach dem in der Fertigstellungsanzeige genannten Zeitpunkt (§ 84 Abs. 8 BauO NRW). Der Bauherr hat an der Baustelle ein **Schild**, das die Bezeichnung des Bauvorhabens und die Namen und Anschriften des Entwurfsverfassers, des Unternehmers für den Rohbau und des Bauleiters enthalten muss, dauerhaft und von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichtbar anzubringen (§ 11 Abs. 3 BauO NRW).

Sofern für die Baumaßnahme Straßenland über den Gemeingebrauch hinaus in Anspruch genommen werden soll, ist spätestens 3 Wochen vor Beginn der Arbeiten gemäß der Sondernutzungssatzung der Stadt Duisburg eine Sondernutzungserlaubnis zu beantragen.

Der Eigentümer oder der Erbbauberechtigte ist verpflichtet, auf seine Kosten die katastermäßige **Einmessung des Bauvorhabens** nach Fertigstellung vornehmen zu lassen und beim Amt für Baurecht und Bauberatung der Stadt Duisburg - Vermessung, Kataster und Geoinformationen - einzureichen (§ 16 Abs. 2 VermKatG NRW).

Werden auf dem Baugrundstück **Gegenstände** gefunden, die für die Kulturgeschichte der Menschheit von Bedeutung sind, Bodendenkmäler, wie z. B. Grabfunde, Reste von Bauwerken, so sind die Entdecker, der Eigentümer des Grundstückes und der Bauherr verpflichtet, den Fund der Stadt Duisburg - Untere Denkmalbehörde - unverzüglich anzuzeigen. Der entdeckte Fund und die Entdeckungsstätte sind in unverändertem Zustand zu erhalten (§ 16 Denkmalschutzgesetz).

Teile des Duisburger Stadtgebietes unterlagen Kriegseinwirkungen. Es ist daher nicht auszuschließen, dass **Kampfmittel im Boden** vorhanden sind. Erdarbeiten dürfen erst nach Ausräumen des Kampfmittelverdachts begonnen werden und sind mit entsprechender Vorsicht auszuführen. Sollten dennoch Kampfmittel gefunden werden, oder liegen Verdachtsmomente vor, sind die Arbeiten aus Sicherheitsgründen sofort einzustellen und umgehend über das Bürger- und Ordnungsamt, Königstraße 63 - 65, Averdunkzentrum, (Tel.: (0203) 283 2419 oder -3288) der Kampfmittelräumdienst Düsseldorf zu benachrichtigen.

Für das Stadtgebiet Duisburg wurden Messtischblätter, Luftbilddaufnahmen, stereoskopische Luftbilder sowie weiteres Archivmaterial ausgewertet. Für bestimmte Grundstücke ergibt sich daraus ein konkreter Verdacht auf **relevante Altablagerungen oder Altstandorte**. Sollte ein Baugrundstück hiervon betroffen sein, werden vor oder mit Erteilung der Baugenehmigung spezifische Informationen und / oder Auflagen mitgeteilt.

Auch wenn kein konkreter Verdacht besteht, kann nicht ausgeschlossen werden, dass Verunreinigungen des Bodens vorhanden sind, da die o.g. Karten und Luftbilder nur Momentaufnahmen darstellen und zudem aufgrund ihrer Maßstäbe eine detaillierte Betrachtungsweise nur bedingt ermöglichen. Zudem ist in einigen Bereichen des Stadtgebietes mit Auffüllungsmaterialien zu rechnen, die aufgrund ihrer Fremdbestandteile (z. B. Aschen und Schlacken) unter Umständen als Bodenveränderungen einzustufen sind.

Sollten sich bei Tiefbauarbeiten oder im Rahmen sonstiger Vorgänge **Hinweise auf schädliche Bodenveränderungen** ergeben, so ist die Stadt Duisburg, Untere Bodenschutzbehörde gemäß § 2 Landesbodenschutzgesetz unverzüglich zu informieren.

Auf das „**Informationsblatt für Bauherrinnen und Bauherren zu staubbedingten Bodenbelastungen und zum Einbau von Oberboden**“ unter www.duisburg.de/boden-fuer-bauherren wird verwiesen.

In weiten Teilen des Duisburger Stadtgebiets werden im **Grundwasser** die Geringfügigkeitsschwellenwerte für verschiedene Schadstoffe überschritten. Auf die Informationen zu Schadstoffnahmen und

Hintergrundbelastungen unter www.duisburg.de/grundwasserbeschaffenheit und die Anzeigepflicht für die Bohrung von Gartenbrunnen bei der Unteren Wasserbehörde wird verwiesen. Das in Gartenbrunnen geförderte Grundwasser ist KEIN Trinkwasser und sollte auch nicht zum Befüllen von Pools genutzt werden, da es keiner geregelten Kontrolle unterliegt.

Um private Grundstücke mit Kraftfahrzeugen zu erreichen, müssen in der Regel öffentliche Verkehrsflächen gequert werden (**Grundstückszufahrten**). Die Höhe der Kosten für die Herstellung der Grundstückszufahrt richtet sich nach dem individuellen Aufwand. Sie sind in voller Höhe vom Antragsteller zu tragen. Für eine solche Grundstückszufahrt muss ein Antrag bei der Stadt Duisburg gestellt werden. **Bitte wenden Sie sich in jedem Fall zunächst an das Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement (Tel. Call Duisburg 0203 94000). Weitere Informationen, das Antragsformular und die Kontaktpersonen finden Sie im Internet unter www.duisburg.de und dem Stichwort „Grundstückszufahrt“.**

Die **Entwässerung** wird **nicht** in einem Baugenehmigungsverfahren genehmigt, da es sich hierbei um eine **genehmigungsfreie Anlage** im Sinne des § 62 Abs. 1 Nr. 4 BauO NRW handelt. Der Bauherr hat sich jedoch vor der Benutzung der Entwässerungsanlage von einem Unternehmen oder einem Sachverständigen bescheinigen zu lassen, dass die Anlage den öffentlich-rechtlichen Vorschriften entspricht. Unter bestimmten Voraussetzungen ist es außerdem erforderlich, bei der Wirtschaftsbetriebe Duisburg – AöR (WBD-AöR) einen vom Baugenehmigungsverfahren unabhängigen **Entwässerungsantrag** zu stellen. Denn neben den Bestimmungen des Bauordnungsrechtes und dem Wasserrecht sind auch die Regelungen der Abwasserbeseitigungssatzung der WBD-AöR zu beachten. Es ist hierbei u.a. auch zu klären, ob Abwasser anfällt, das vor der Einleitung vorzubehandeln ist (z.B. Küchenabwasser aus gewerblichen Küchen, Abwasser aus der Autowäsche, stark belastetes Niederschlagswasser). Art und Dimensionierung der Vorbehandlungsanlage ist dann ebenfalls mit der WBD abzustimmen.

Kanalarbeiten im öffentlichen Raum dürfen nur durch die WBD-AöR ausgeführt werden. Die Kosten sind hierbei vom Bauherrn zu tragen. Der **Antrag** zur Herstellung des **Kanalanschlusses** ist rechtzeitig bei der WBD-AöR zu stellen. Zweckmäßigerweise sollte der Anschlusskanal vor der Erstellung der Grundleitungen verlegt werden. Vor Ausführung der Grundleitungen auf dem Grundstück muss eine **höhenmäßige Abstimmung** der Kanäle mit der WBD-AöR erfolgen. Dazu ist bei der WBD-AöR eine Kanalbestandsauskunft anzufordern. Die Höhe der Rückstauenebene ist einzuhalten. Diese wurde durch die WBD-AöR festgelegt und ist gleich der Straßenhöhe an der Anschlussstelle + 0,2 m. Außerdem ist zu beachten, dass gemäß der Abwasserbeseitigungssatzung der WBD-AöR jede wirtschaftliche Einheit einen eigenen Kanalanschluss besitzen muss. Ausnahmen sind ebenfalls zu beantragen. Auf Verlangen der WBD-AöR ist der Grundstückseigentümer verpflichtet, die hergestellte **Verbindung** zwischen **Hausanschluss und Anschlusskanal** oder deren Änderung möglichst an der offenen Baugrube und spätestens vor **Beginn der Einleitung** von der WBD-AöR **abnehmen zu lassen**. Bei Versäumnis kann eine kostenpflichtige nachträgliche Abnahme mittels einer Farbwasserprüfung erforderlich werden. Nach Fertigstellung oder maßgeblicher Veränderung der Entwässerungsanlage ist diese aufgrund der Regelungen der Selbstüberwachungsverordnung (SüwVO Abw) von einem Sachkundigen der Landesliste auf **Zustand und Funktion zu überprüfen**. Aus o.g. Gründen ist es sinnvoll, sich **frühzeitig** mit den **Wirtschaftsbetrieben** in Verbindung zu setzen. Nähere Informationen zu den einzelnen Verfahren finden Sie vorab auch auf der Homepage unter www.wb-duisburg.de. Hier finden Sie auch eine Verlinkung zu der Landesliste der Sachkundigen und die Satzungen. Anträge bzgl. der Entwässerung senden Sie bitte an die Wirtschaftsbetriebe Duisburg – AöR, Schifferstraße 190, 47059 Duisburg

Die Herstellung der Leitungsanschlüsse für Gas-, Wasser-, Fernwärme- und Strom fällt in die Zuständigkeit der Stadtwerke Duisburg AG, Bungertstr.27. Telefon- und sonstige Anschlüsse sind bei den entsprechenden Unternehmen zu beantragen. Aus Gründen der Gewährleistung und Abgrenzung der beteiligten Tiefbauunternehmen sind gemeinsame Herstellungen der Abwasserleitungen mit anderen Medienträgern leider nicht möglich. Dennoch kann sich eine **rechtzeitige Koordinierung** aus straßenbaulichen und verkehrlichen Gründen als sinnvoll erweisen.

Für Bauvorhaben sind die Vorschriften des Landesbauordnung und von Ortssatzungen (z.B. Festsetzungen eines Bebauungsplanes oder von Gestaltungssatzungen) zu beachten, auch wenn die einzelne Anlage nicht baugenehmigungspflichtig sein sollte.

Die Ausführung der Erdungsanlagen der **elektrischen Installation** hat nach den VDE-Vorschriften zu erfolgen. Es wird empfohlen, die **Erdung** als Fundamenterder auszubilden. Die Anlage ist mit den Stadtwerken abzustimmen (§ 3 BauO NRW).

Gem. § 47 Abs. 2 BauO NRW müssen in Wohnungen Schlafräume und Kinderzimmer sowie Flure, über die Rettungswege von Aufenthaltsräumen führen, jeweils mindestens einen **Rauchwarnmelder** haben. Dieser muss so eingebaut oder angebracht und betrieben werden, dass Brandrauch frühzeitig erkannt und gemeldet wird. Die Betriebsbereitschaft der Rauchwarnmelder hat der unmittelbare Besitzer sicherzustellen, es sei denn, der Eigentümer hat diese Verpflichtung selbst übernommen.

Informationsblatt für Bauherinnen und Bauherren wegen staubbedingter Bodenbelastungen

Für Duisburg wurde eine Bodenbelastungskarte erarbeitet, die für einen großen Bereich der Stadt siedlungsbedingt erhöhte Schadstoffgehalte ausweist. Die Vorsorgewerte und teilweise auch Prüfwerte der Bundes-Bodenschutzverordnung werden überschritten. Um zu beurteilen, inwiefern von diesen siedlungsbedingt erhöhten Schadstoffgehalten eine Gefahr ausgeht, wurde ein Maßnahmen- und Bewertungskonzept erstellt und für Duisburg gebietsbezogene Beurteilungswerte abgeleitet, bei deren Überschreitung Maßnahmen zur Gefahrenabwehr erforderlich werden. Die entsprechenden Bereiche, in denen solche Maßnahmen erforderlich sind, wurden eingegrenzt.

Um den Umgang mit den flächenhaften schädlichen Bodenveränderungen rechtsverbindlich zu regeln, beabsichtigt die Stadt Bodenschutzgebiete auszuweisen.

Für den Duisburger Süden und Westen befinden sich die Bodenschutzgebiete bereits im Ausweisungsverfahren.

Bodenschutzgebiet Duisburg-Süd

In Teilgebiet 1 des Bodenschutzgebiets Duisburg-Süd liegen hohe Cadmiumgehalte im Oberboden vor. Der Anbau von Nahrungspflanzen in Haus- und Kleingärten ist deshalb grundsätzlich nicht möglich. Ausgenommen hiervon ist Baum- und Strauchobst.

Darüberhinaus liegen erhöhte Blei- und teilweise Arsengehalte vor. Bevor Kinderspielflächen oder Hausgärten in Teilgebiet 1 neu angelegt werden, ist der Stadt deshalb nachzuweisen, dass der Boden entweder saniert wurde oder nicht belastet ist.

In Teilgebiet 2 ist aufgrund erhöhter Cadmiumgehalte die Anbaufläche für Nahrungspflanzen auf maximal 10 m² pro Garten zu begrenzen. Ausgenommen ist Baum- und Strauchobst.

Unabhängig von den Regelungen der Bodenschutzgebietsverordnung sollten die allgemeinen Handlungsempfehlungen aus dem Informationsblatt für die Gartennutzung in Duisburg beachtet werden.

Bodenschutzgebiet Duisburg-West

Die Gebietsbezeichnung erfolgte der Übersichtlichkeit halber analog zum Bodenschutzgebiet Duisburg-Süd. Ein Teilgebiet 1 muss aufgrund der geringeren Belastungen im Duisburger Westen aber nicht ausgewiesen werden.

In Teilgebiet 2 ist aufgrund erhöhter Cadmiumgehalte die Anbaufläche für Nahrungspflanzen auf maximal 10 m² pro Garten zu begrenzen. Ausgenommen ist Baum- und Strauchobst.

Darüberhinaus sollten die allgemeinen Handlungsempfehlungen aus dem Informationsblatt für die Gartennutzung in Duisburg beachtet werden.

Gebiet mit siedlungsbedingt erhöhten Schadstoffgehalten

Außerhalb der künftigen Bodenschutzgebiete sind keine Maßnahmen zur Gefahrenabwehr erforderlich.

Die allgemeinen Handlungsempfehlungen aus dem Informationsblatt für die Gartennutzung in Duisburg sollten aber beachtet werden.




Die Lage der genannten Gebiete kann der Rückseite dieses Informationsblattes entnommen werden. Weiterführende Informationen zum Bodenschutzgebiet sowie das „Informationsblatt für die Gartennutzung in Duisburg“ können auf folgenden Internetseiten eingesehen werden:

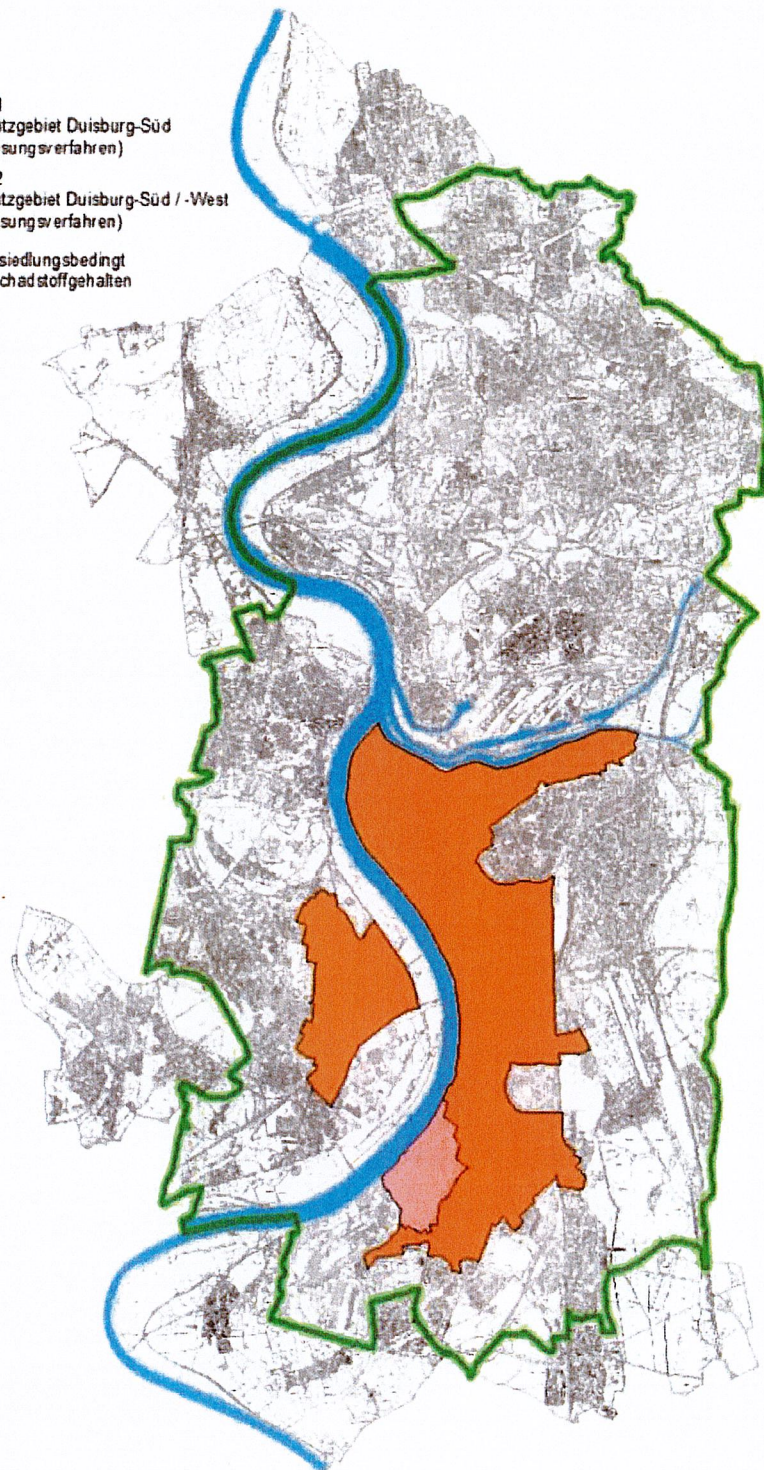
**www.duisburg.de/bodenschutzgebiet
www.duisburg.de/handlungsempfehlungen**

Hotline Bodenschutz: 0203 – 283 2777
Informationsblatt für Bauherinnen und Bauherren wegen staubbedingter Bodenbelastungen

Informationsblatt für Bauherrinnen und Bauherren wegen staubbedingter Bodenbelastungen

Legende

-  Teilgebiet 1
Bodenschutzgebiet Duisburg-Süd
(Im Ausweisungsverfahren)
-  Teilgebiet 2
Bodenschutzgebiet Duisburg-Süd / -West
(Im Ausweisungsverfahren)
-  Gebiet mit siedlungsbedingt
erhöhten Schadstoffgehalten



Bitte in Klarsichtshülle an der Baustelle anbringen

BAUSTELLENSCHILD

Für die Ausführung eines genehmigungspflichtigen Vorhabens

Bauvorhaben	Genauere Bezeichnung des Vorhabens Erweiterung eines gastronomischen Betriebes, hier: Erweiterung des Restaurants Ziegenpeter	
	Bauort (Straße, Hausnummer, Ortsteil) 47053 Duisburg, Liebigstraße 70	
	Baugrundstück (Gemarkung, Flur, Flurstück) Duisburg 304 167	
Entwurfsverfasserin / Entwurfsverfasser	Name, Vorname Probst Wilke und Partner Architekten, Partnerschaftsgesellschaft	
	Anschrift Prinz-Albrecht-Straße 8, 47058 Duisburg	
	Telefon (mit Vorwahl)	Telefax (mit Vorwahl)
	0203/334111	0203/334112
Unternehmerin / Unternehmer für den Rohbau	Firma	
	Anschrift	
	Telefon (mit Vorwahl)	Telefax (mit Vorwahl)
Bauleiterin/ Bauleiter	Firma	
	Anschrift	
	Telefon (mit Vorwahl)	Telefax (mit Vorwahl)
Bauschein	Baugenehmigung Nummer : erteilt am: BV-2025-0186 19.09.25	
	Bauaufsichtsbehörde untere Bauaufsicht, 47049 Duisburg	
Für die Richtigkeit der Angaben	Bauherrin/Bauherr (Vorname Name) Telefon (mit Vorwahl) Wirtschaftsbetriebe Duisburg - AöR für Behinderung gGmbH Duisburger Werkstatt für Menschen mit:	
	Anschrift Kalkweg 10 e, 47055 Duisburg	

Bei der Ausführung genehmigungspflichtiger Vorhaben nach § 60 Abs. 1 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) hat die Bauherrin/der Bauherr gemäß § 11 Abs. 3 BauO NRW an der Baustelle ein Schild, das die Bezeichnung des Bauvorhabens und die Namen und Anschriften der Entwurfsverfasserin/des Entwurfsverfassers und der Bauleiterin/des Bauleiters sowie der Unternehmerin/des Unternehmers für den Rohbau enthalten muss, dauerhaft und von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichtbar anzubringen. Dieses Schild erfüllt die gesetzlichen Mindestanforderungen.